

Substanzielles Protokoll 194. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 13. November 2013, 20.30 Uhr bis 22.37 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsident Martin Abele (Grüne)

Beschlussprotokoll: Sekretär Christian Aeschbach (FDP)

Substanzielles Protokoll: Sarah Stutte

Anwesend: 118 Mitglieder

Abwesend: Michael Baumer (FDP), Hans Jörg Käppeli (SP), Philipp Käser (GLP), Roger Liebi (SVP), Mario Mariani (CVP), Gian von Planta (GLP), Karin Weyermann (CVP)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | | |
|-----|--------------------------|--|-----|
| 1. | | Mitteilungen | |
| 8. | 2009/216 | Weisung vom 24.08.2011:
Liegenschaftenverwaltung, Einzelinitiative von Catherine Rutherford, Projektierungskredit für eine kommunale Wohnsiedlung an der Leutschenbachstrasse, Quartier Seebach | FV |
| 9. | 2013/345 | E/A Postulat der Grüne-Fraktion vom 02.10.2013:
Autofreies Wohnen bei der kommunalen Wohnsiedlung Leutschenbachstrasse | FV |
| 10. | 2013/346 | E/A Postulat von Gabriele Kisker (Grüne) und Markus Knauss (Grüne) vom 02.10.2013:
Gestaltungsplan Zollstrasse, optimale Nutzung der Versicherungseignung des Gestaltungsplangebiets | VTE |
| 12. | 2013/4 | A Motion von Roger Bartholdi (SVP) und Sven Oliver Dogwiler (SVP) vom 09.01.2013:
Offenlegung von Interessenbindungen, Nebenbeschäftigungen und finanziellen Beteiligungen sowie Regelung von Ausstandspflichten für die Mitglieder des Stadtrats | FV |
| 13. | 2013/16 | E/A Postulat von Peter Küng (SP) und Michèle Halser-Furrer (EVP) vom 16.01.2013:
Verzicht auf Investitionen in Firmen, welche Waffen produzieren oder damit handeln | FV |
| 14. | 2013/17 | E/A Postulat von Florian Utz (SP) und Michèle Halser-Furrer (EVP) vom 16.01.2013:
Verzicht auf Rohstoffanlagen im Nahrungsmittelbereich | FV |

Mitteilungen

Es werden keine Mitteilungen zur Kenntnis gebracht.

Geschäfte

4456. 2009/216

Weisung vom 24.08.2011:

Liegenschaftsverwaltung, Einzelinitiative von Catherine Rutherford, Projektierungskredit für eine kommunale Wohnsiedlung an der Leutschenbachstrasse, Quartier Seebach

Die Debatte wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 193, Beschluss-Nr. 4456/2013).

Dispositivziffer 1

Kommissionsminderheit:

Urs Fehr (SVP): Die VBZ hat die betriebswirtschaftliche Notwendigkeit der Busgarage dargelegt. Die Subventionierung zahlt Otto der Normalverbraucher mit, was ungerecht ist. Angesichts der finanziellen Lage der Stadt, müsste das Land dem Meistbietenden verkauft oder im Baurecht abgegeben werden. Das vorliegende Projekt sollte deshalb abgelehnt und der Verwaltung ein neuer Auftrag gestellt werden, damit diese eine vernünftige Weisung ausarbeiten kann.

Weitere Wortmeldungen:

Severin Pflüger (FDP): Wir unterstützen die Weisung unter der Bedingung, dass das Postulat der Grünen keine Mehrheit findet. Die Mieter haben Autos und benötigen Parkplätze. Die FDP ist grundsätzlich der Meinung, dass die Stadt auf ihrem Gemeinwesen Wohnungen zu tiefen Mietzinsen bauen soll. Diese Wohnungen sollen einkommensschwachen Menschen vorbehalten sein, die aber trotzdem in guten Wohnverhältnissen leben sollen. Die Parzelle im Leutschenbach eignet sich dafür gut, doch wurde vorgängig versprochen, dass dort auch andere Nutzungen entstehen. Bei der vorgeschlagenen Überbauung kommen diese gewerblichen Nutzungen allerdings zu kurz.

Dr. Davy Graf (SP): Wenn die Stadt eine Siedlung plant, soll diese das Quartier stärken. Das ist hier der Fall. Wir werden das Postulat der Grünen ebenfalls ablehnen. Kommunale Wohnsiedlungen müssen nicht, nur weil sie kommunal sind, immer eine Tiefgarage beinhalten. Das muss situativ entschieden werden. Bei dieser Überbauung wäre es nicht richtig, unter die minimale Parkplatzanzahl zu gehen. Das Quartier ist dem Verkehr ausgesetzt, zudem gibt es dort viel Durchgangsverkehr. Es wäre heuchlerisch, den neuen Mietern das Autofahren zu verbieten und ihnen gleichzeitig vor der Haustüre grosse, überregionale Strassen zu präsentieren.

Martin Luchsinger (GLP): Wir wollen im Wettbewerbsprogramm eine autofreie Variante prüfen. Das bedeutet nicht, dass die Überbauung autofrei sein muss. Unabhängig davon, ob es eine Tiefgarage gibt oder nicht, ist das Projekt zu unterstützen. Die FDP sucht das Haar in der Suppe: Im Leutschenbach sollen schliesslich keine Blockrand-

siedlungen entstehen, die dem Gewerbe verbieten, sich im Erdgeschoss anzusiedeln.

Christoph Spiess (SD): Man möchte Grundstücke veräussern und dies als Wohltat für die Staatskasse verkaufen. In Wirklichkeit geht es aber nicht darum, dass die Stadt Geld einnimmt. Profit mit der gekauften Liegenschaft machen nur einzelne private Grundeigentümer, indem sie höhere Mieten kassieren können als Genossenschaften oder die Stadt. Das Wohnen im gemeinnützigen Wohnwesen ist keine Sozialhilfe. Es sollte für die breite Bevölkerung tragbar sein, in Zürich zu wohnen. Wünschenswert wäre deshalb, einen möglichst hohen Anteil in den Non-Profit-Sektor zu überführen und nicht das Gegenteil machen und verkaufen.

Thomas Schwendener (SVP): Autofreies und autoarmes Wohnen in der Stadt unterstützen wir nicht mehr. Wir müssen nicht über Ziele diskutieren, sondern über Vernunft. Wenn ich etwas subventioniere, muss ich es mit meinem Eigentum subventionieren.

Urs Fehr (SVP): Würde man das Grundstück einem Privaten verkaufen, hätten alle eine Win-Win-Situation. Der Private würde dort eine Überbauung realisieren, die steuerkräftige Zahler garantieren und somit das Steuersubstrat erhöhen könnte.

Niklaus Scherr (AL): Die Kostenmiete besteht darin, dass sie die effektiv entstehenden Kosten wie Rückstellungen, Unterhaltskosten und Zinskosten, in vollem Umfang berappt. Wenn der Hypozins steigt, kostet die Wohnung auch nach Kostenmiete schon viel mehr. Momentan leben wir in einer Tiefzinsphase, was sich jedoch wieder ändern wird. Die Kostenmiete müssen wir deshalb so tief wie möglich ansiedeln.

Werner Wehrli (EVP): Wir stimmen der Weisung zu. Das Postulat lehnen wir ab, es ist nicht realistisch, diese Überbauung ohne Einstellhalle zu realisieren.

Severin Pflüger (FDP): Wir wollen kein autofreies Wohnen und machen unsere Zustimmung zur Weisung davon abhängig, ob die Überbauung autofrei ist oder nicht.

Dr. Davy Graf (SP): Die Stadt soll im Auftrag des Volkes nach dem wohnpolitischen Grundsatzartikel Wohnungen zur Kostenmiete erstellen, weil es ein Bedürfnis nach bezahlbarem Wohnraum für eine breite Bevölkerungsschicht gibt.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK FD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der SK FD beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 1.

Mehrheit:	Niklaus Scherr (AL), Referent; Präsident Severin Pflüger (FDP), Vizepräsident Dr. Davy Graf (SP), Linda Bär (SP), Cäcilia Hänni-Etter (FDP), Martin Luchsinger (GLP), Dr. Pawel Silberring (SP), Kathy Steiner (Grüne), Dr. Esther Straub (SP), Jean-Claude Virchaux (CVP)
Minderheit:	Urs Fehr (SVP), Referent; Beat Camen (SVP)
Abwesend:	Katrin Wüthrich (SP)

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} lit. c Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 92 gegen 25 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die SK FD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Zustimmung: Niklaus Scherr (AL), Referent; Präsident Severin Pflüger (FDP), Vizepräsident Dr. Davy Graf (SP), Linda Bär (SP), Beat Camen (SVP), Urs Fehr (SVP), Cäcilia Hänni-Etter (FDP), Martin Luchsinger (GLP), Dr. Pawel Silberring (SP), Kathy Steiner (Grüne), Dr. Esther Straub (SP), Jean-Claude Virchaux (CVP)

Abwesend: Katrin Wüthrich (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK FD mit 118 gegen 0 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Zur Ausarbeitung eines Bauprojekts mit Kostenvoranschlag für die Erstellung einer kommunalen Wohnsiedlung an der Leutschenbachstrasse im Quartier Seebach wird ein Projektierungskredit von Fr. 16 000 000.– bewilligt.
2. Die am 14. Mai 2009 eingereichte Einzelinitiative von Catherine Rutherford betreffend Wohnen Züri Nord (GR Nr. 2009/216) wird als erledigt abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 20. November 2013 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 19. Dezember 2013)

4468. 2013/345

Postulat der Grüne-Fraktion vom 02.10.2013:

Autofreies Wohnen bei der kommunalen Wohnsiedlung Leutschenbachstrasse

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Matthias Probst (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 4339/2013): *Die städtische Wohnsiedlung an der Leutschenbachstrasse autofrei zu realisieren, spart Kosten und reduziert den CO₂-Ausstoss. Wir brauchen zur Zeit rund ein Viertel von unseren CO₂-Ausstössen in der Stadt für Mobilität. Davon fällt über die Hälfte auf den Autoverkehr. Im urbanen Raum müssen wir Wohnformen ermöglichen, die das Autofahren unnötig machen. Wir bekommen eine günstige Siedlung, sparen 20 % der Baukosten und erfüllen einen Teil der Gemeindeordnung. Leutschenbach ist kein schlecht erschlossenes Quartier, sondern liegt in Oerlikon sehr zentral.*

Markus Hungerbühler (CVP) begründet den namens der CVP-Fraktion am 30. Oktober 2013 gestellten Ablehnungsantrag: *Die Wohnsiedlung hat nicht optimale ÖV-Voraussetzungen. Die Forderung schliesst viele potentielle Mieterinnen und Mieter von vorneherein aus. Damit werden auch Menschen diskriminiert, die keine regelmässigen Arbeitszeiten haben. Schichtarbeiter kommen somit gar nicht zu ihrem Arbeitsplatz.*

Weitere Wortmeldungen:

Ruggero Tomezzoli (SVP): *Eine autofreie Siedlung ist eine Illusion. Viele Mieter benötigen ein Auto. Wenn es keine Parkplätze gibt, fördert das den Suchverkehr. Man sollte viel mehr unterirdische Parkplätze bauen und mehr oberirdische abbauen. Das gäbe Platz für Fussgänger und Velofahrer.*

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Man kann nicht Baukosten reduzieren, indem man einfach die Tiefgarage weglässt. Die unterirdischen Parkplätze werden schlussendlich von den Nutzern gezahlt. Es ist keine echte Einsparung, weil dadurch auch Erträge wegfallen.

Heinz Schatt (SVP): Man will den Teil der Wohnüberbauung weglassen, der die grösste Rendite hat. Das Untergeschoss wird schon allein deswegen benötigt, damit man auf die Fundationssohle herunterkommt. Das Untergeschoss wird also für einen anderen Zweck gebaut werden müssen, was die Wohnungen somit wieder teurer macht.

Martin Luchsinger (GLP): Es ist sinnvoll, Optionen zu prüfen. Vor allem zu Beginn eines Projekts und nicht erst, wenn der Objektkredit da ist. Als Mieter kann man wählen, wo man hinziehen möchte, der Vorwurf der Diskriminierung ist also haltlos. Vor allem auch deshalb, weil die FDP selbst nur eine weniger einkommensstarke Personengruppe für die Wohnungen favorisiert und nicht diejenige, die ein höheres Einkommen hat.

Simon Kälin (Grüne): In dieser Frage geht es nicht um eine Verbotskultur, sondern um die Ermöglichung einer nachhaltigen Zukunft für uns alle. Mit autofreiem Wohnen wird ein zusätzliches Angebot auf dem freien Wohnungsmarkt geschaffen. Tiefgaragen bedeuten sehr viel graue Energie für das Gebäude. Wenn wir das Ziel der 2000-Watt-Gesellschaft erreichen wollen, gibt es keine andere Lösung, als zusätzliche autofreie Wohnungen in Zürich zu schaffen.

Dr. Davy Graf (SP): Eine Tiefgarage finanziert sich nicht durch die Parkplatzmiete, es stehen auch sehr viele Parkplätze leer. Wir haben uns dafür entschieden, dass wir bei dieser Siedlung eine Tiefgarage bauen und dann kann nicht nachträglich noch ein Postulat eingereicht werden.

Matthias Probst (Grüne) beantragt Abstimmung unter Namensaufruf: Wir wollen Volksbeschlüsse umsetzen und keine Ideologie.

Der Rat stimmt dem Antrag von Matthias Probst (Grüne) mit 101 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 30 Stimmen gemäss Art. 41 Abs. 1 GeschO GR erreicht.

Abstimmung gemäss Art. 41 GeschO GR:

Abstimmungsprotokoll				
Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
001	Abele	Martin	Grüne	JA
094	Ackermann	Ruth	CVP	NEIN
032	Altinay	Petek	SP	NEIN
071	Ammann	Jürg	Grüne	JA
084	Angst	Walter	AL	NEIN
179	Anhorn	Ruth	SVP	NEIN
013	Aubert	Marianne	SP	NEIN
059	Bär	Linda	SP	NEIN
137	Bartholdi	Roger	SVP	NEIN
168	Baumer	Michael	FDP	--
051	Baumgartner Kläy	Brigitte	Grüne	JA
045	Beer	Duri	SP	NEIN
113	Bergmaier	Guido	SVP	NEIN

038	Bernhard	Irene	GLP	JA
173	Bertozzi	Roberto	SVP	NEIN
106	Blöchlinger	Patrick	SD	NEIN
161	Bosshard	Gerhard	EVP	NEIN
117	Bourgeois	Marc	FDP	NEIN
017	Brander	Simone	SP	NEIN
131	Bürki	Martin	FDP	NEIN
170	Bürlimann	Martin	SVP	NEIN
154	Camen	Beat	SVP	NEIN
049	Denoth	Marco	SP	NEIN
151	Dogwiler	Sven Oliver	SVP	NEIN
035	Dubno	Samuel	GLP	JA
057	Dubs Früh	Marianne	SP	NEIN
061	Edelmann	Andreas	SP	--
166	Egger	Urs	FDP	NEIN
176	Erfigen	Monika	SVP	NEIN
030	Esseiva	Nicolas	SP	NEIN
140	Fehr	Urs	SVP	NEIN
072	Filli	Peider	Grüne	JA
031	Fischer	Renate	SP	NEIN
002	Frei	Dorothea	SP	NEIN
026	Garcia	Isabel	GLP	JA
124	Garzotto	Marina	SVP	NEIN
036	Gautschi	Adrian	GLP	JA
063	Glaser	Helen	SP	NEIN
009	Graf	Davy	SP	NEIN
119	Hagger	Joachim	FDP	NEIN
156	Haller	Margrit	SVP	NEIN
116	Hänni-Etter	Cäcilia	FDP	NEIN
050	Hintsch	Gustav	Parteilos	NEIN
011	Huber	Patrick Hadi	SP	NEIN
005	Hug	Christina	Grüne	JA
092	Hungerbühler	Markus	CVP	NEIN
037	Hüni	Guido	GLP	JA
147	Huser	Christian	FDP	NEIN
127	Hüssy	Kurt	SVP	NEIN
112	im Oberdorf	Bernhard	SVP	NEIN
128	Jäger	Alexander	FDP	NEIN
054	Kälin	Simon	Grüne	JA
007	Käppeli	Hans Jörg	SP	--
023	Käser	Philipp	GLP	--
083	Kirstein	Andreas	AL	NEIN
053	Kisker	Gabriele	Grüne	JA
052	Knauss	Markus	Grüne	JA
029	Kraft	Michael	SP	NEIN
041	Küng	Peter	SP	NEIN
088	Kunz	Markus	Grüne	JA
046	Lamprecht	Pascal	SP	NEIN
034	Landolt	Maleica	GLP	JA
132	Lauber	Tamara	FDP	NEIN

134	Leiser	Albert	FDP	NEIN
082	Leitner Verhoeven	Andrea	AL	JA
121	Liebi	Roger	SVP	--
021	Luchsinger	Martin	GLP	JA
160	Mächler	Martin	EVP	NEIN
058	Makwana-Boss	Elisabeth	SP	NEIN
201	Manser	Joe A.	SP	NEIN
101	Mariani	Mario	CVP	--
048	Marti	Min Li	SP	NEIN
033	Matter	Sylvie Fee	SP	NEIN
070	Meier-Bohrer	Karin	Grüne	JA
138	Monn	Thomas	SVP	NEIN
069	Moser	Felix	Grüne	JA
157	Müller	Rolf	SVP	NEIN
022	Nabholz	Ann-Catherine	GLP	JA
018	Nüssli-Danuser	Andrea	SP	NEIN
042	Papageorgiou	Kyriakos	SP	NEIN
115	Pflüger	Severin	FDP	NEIN
086	Piller	Bernhard	Grüne	JA
087	Probst	Matthias	Grüne	JA
143	Rabelbauer	Claudia	EVP	NEIN
081	Recher	Alecs	AL	NEIN
174	Regli	Daniel	SVP	NEIN
006	Richli	Mark	SP	NEIN
012	Rothenfluh	Gabriela	SP	NEIN
055	Rykart Sutter	Karin	Grüne	JA
010	Sangines	Alan David	SP	NEIN
065	Savarioud	Marcel	SP	NEIN
171	Schatt	Heinz	SVP	NEIN
123	Scheck	Roland	SVP	NEIN
077	Scherr	Niklaus	AL	NEIN
153	Schlatter	Hedy	SVP	NEIN
130	Schmid	Michael	FDP	NEIN
148	Schmid	Urs	FDP	NEIN
103	Schönbächler	Marcel	CVP	NEIN
141	Schwendener	Thomas	SVP	NEIN
028	Seidler	Christine	SP	NEIN
135	Sidler	Bruno	SVP	NEIN
016	Silberring	Pawel	SP	NEIN
120	Simon	Claudia	FDP	NEIN
105	Spiess	Christoph	SD	NEIN
165	Steger	Heinz F.	FDP	NEIN
019	Straub	Esther	SP	NEIN
027	Strub	Jean-Daniel	SP	NEIN
150	Tognella	Roger	FDP	NEIN
126	Tomezzoli	Ruggero	SVP	NEIN
099	Traber	Christian	CVP	NEIN
025	Trevisan	Guido	GLP	JA
108	Tuena	Mauro	SVP	NEIN
183	Urben	Michel	SP	NEIN

133	Uttinger	Ursula	FDP	NEIN
015	Utz	Florian	SP	NEIN
096	Virchaux	Jean-Claude	CVP	NEIN
073	Vocat	Fabienne	Grüne	JA
062	von Matt	Hans Urs	SP	NEIN
039	von Planta	Gian	GLP	--
144	Wehrli	Werner	EVP	NEIN
097	Weyermann	Karin	CVP	--
003	Wiesmann	Matthias	GLP	JA
066	Würth	Eva-Maria	SP	NEIN
020	Wüthrich	Katrin	SP	NEIN
047	Wyler	Rebekka	SP	NEIN

Das Postulat wird mit 26 gegen 91 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

4469. 2013/346

Dringliches Postulat von Gabriele Kisker (Grüne) und Markus Knauss (Grüne) vom 02.10.2013:

Gestaltungsplan Zollstrasse, optimale Nutzung der Versickerungseignung des Gestaltungsplangebiets

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Dringliche Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Gabriele Kisker (Grüne)** begründet das Dringliche Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 4340/2013): Die geplante Überbauung Zollstrasse befindet sich gemäss der städtischen Klimaanalyse in einem lokalklimatisch stark belasteten Gebiet. Die städtische Grundwasserbeobachtung hat aufgezeigt, dass sich der Wasserspiegel im Stadtgebiet um zweieinhalb Meter gesenkt hat. Mit einer möglichst hohen Versickerung und der Begrenzung der Unterbauung soll die Entwicklung eingedämmt werden. Auf dem Gebiet der Zollstrasse ist eine sehr gute Versickerungsqualität vorhanden, deshalb sollen bei der architektonischen Ausgestaltung des Baufeldes die Vorgaben der Klimaanalyse umgesetzt werden.*

***Thomas Schwendener (SVP)** begründet den von Roland Scheck (SVP) namens der SVP-Fraktion am 30. Oktober 2013 gestellten Ablehnungsantrag: Im Rahmen der geltenden Vorschriften wird der Postulatsforderung schon lange Rechnung getragen. Der Grundwasserspiegel wird auch genutzt, man holt daraus die Wärmerückgewinnung.*

Das Dringliche Postulat wird mit 74 gegen 35 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

4470. 2013/4

Motion von Roger Bartholdi (SVP) und Sven Oliver Dogwiler (SVP) vom 09.01.2013:

Offenlegung von Interessenbindungen, Nebenbeschäftigungen und finanziellen Beteiligungen sowie Regelung von Ausstandspflichten für die Mitglieder des Stadtrats

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab.

***Roger Bartholdi (SVP)** begründet die Motion (vergleiche Protokoll-Nr. 3481/2013): Für den Stadtrat sollte die gleiche Transparenz in Sachen Interessenbindungen, finanziellen Beteiligungen und Nebenbeschäftigungen gelten, wie für den Gemeinderat. Damit können auch Interessenskonflikte vermieden werden.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

***STR Daniel Leupi:** Durch die Gemeindeordnung ist klar geregelt, dass ein Stadtrat keiner entlohnten Nebentätigkeit nachgehen darf. Wenn ein Stadtrat nun vergisst, noch seinen Handelsregistereintrag zu löschen, nützt auch ein neues Reglement nichts.*

Die Motion wird mit 23 gegen 88 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

4471. 2013/16

Postulat von Peter Küng (SP) und Michèle Halser-Furrer (EVP) vom 16.01.2013: Verzicht auf Investitionen in Firmen, welche Waffen produzieren oder damit handeln

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Peter Küng (SP)** begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 3516/2013): Die Pensionskasse und die Unfallversicherung (UVZ) der Stadt sind darauf angewiesen, dass sie mit dem ihnen zur Verfügung gestellten Kapital Gewinn erwirtschaften. Hat man jedoch Kapital in eine Firma investiert, ist man mitverantwortlich für deren Entschiede. Deshalb ist uns bei beiden Organen der Aspekt des Ausschlusses von Investitionen in Waffen noch zu wenig konkret gewesen. Seitens Stadtrat hiess es nur, dass Anlagen in Streumunition und Landminen nicht vorgesehen seien. Die gute Rendite der Versicherten ist nicht gefährdet. Aber auch wenn sie weniger gut wäre, können mit diesem Argument keine ethischen Bedenken aus dem Weg geräumt werden.*

***Severin Pflüger (FDP)** begründet den namens der FDP-Fraktion am 30. Januar 2013 gestellten Ablehnungsantrag: Wenn die Pensionskasse und die Unfallversicherung nicht in Unternehmen investieren dürfen, die Waffen produzieren oder damit handeln, fällt schon ein grosser Teil der Schwerindustrie weg. Es ist komisch, der Pensionskasse und Unfallversicherung dies verbieten zu wollen, aber selber als Polizei Waffen zu beschaffen. Noch viel merkwürdiger ist es, dass der Bund Milliarden Franken für Waffen ausgibt, aber sich die Unternehmen, die die Waffen produzieren, nicht auf dem freien Kapitalmarkt kapitalisieren sollen.*

Weitere Wortmeldungen:

Werner Wehrli (EVP): *Wer verantwortungsvoll ist und sich einen ethischen Auftrag auf die Fahne geschrieben hat, stimmt dem Postulat zu.*

Markus Hungerbühler (CVP): *Versicherungen halten sich an die entsprechenden Gesetze und wir finden, dass diese Vorgaben ausreichen. Allzu moralische Einschränkungen sind in einer solchen Situation schwierig.*

Simon Kälin (Grüne): *Natürlich könnte man bei Firmen unterscheiden, welche von ihnen fertige Waffen produzieren und welche nur Zulieferer sind. Aber diese Selektion funktioniert nicht, weil man zwangsläufig trotzdem Firmen im Portfolio hat, die vielleicht nur bestimmte Einzelteile einer Waffe produzieren, aber wenn es um eine übergreifende, moralische Frage geht, muss man das Ausschlusskriterium so definieren, dass man gar keine Produzenten im Portfolio hat.*

Martin Luchsinger (GLP): *Die Pensionskasse und die UVZ verhalten sich schon jetzt in ihren Investments ethisch vorbildlich. Die Mehrheit der Fraktion hat sich bei dieser Vorlage aber entschieden, solche spezifischen Investments zu verhindern. Es gibt für uns keinen Grund zu erkennen, warum die Versicherten von der Geschäftsentwicklung solcher Unternehmen unbedingt profitieren sollen.*

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): *Das Postulat trägt überhaupt nicht dazu bei, dass eine Waffe weniger auf dieser Welt produziert wird. Eine Demokratie hat ihre Schwäche darin, dass sie eine Rückbindung an die öffentliche Meinung hat. Diktaturen können sich dagegen alles erlauben. Will man also dafür sorgen, dass man Demokratien entwaffnet und Terrorregime bewaffnet?*

Dr. Daniel Regli (SVP): *Sind Investitionen in die Victorinox AG in Zukunft also verboten? Die Frage ist, wo man schlussendlich die Grenze zieht.*

Peter Küng (SP): *Wir wollen mit dem Postulat nicht die Welt retten, wir möchten nur verhindern, dass unsere Versicherungen grundsätzlich an Morden verdienen.*

Das Postulat wird mit 72 gegen 46 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

4472. 2013/17

Postulat von Florian Utz (SP) und Michèle Halser-Furrer (EVP) vom 16.01.2013: Verzicht auf Rohstoffanlagen im Nahrungsmittelbereich

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Florian Utz (SP) begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 3517/2013): *Wenn Lebensmittelpreise steigen, sind die Folgen tödlich. Alle sechs Sekunden verhungert auf der Welt ein Mensch. Zürcher Banken sollten deshalb aus Lebensmittelspekulationen aussteigen, welche die Waren auch in Drittweltländern verteuern. Die Hoffnung auf einen Mehrertrag gilt zudem als unsicher.*

Severin Pflüger (FDP) begründet den namens der FDP-Fraktion am 30. Januar 2013 gestellten Ablehnungsantrag: *Die Aufgabe der Pensionskasse und der UVZ ist es, die*

Lebenshaltung der versicherten Personen nach einem Unfall oder der Pensionierung aufrechtzuerhalten und nicht, den Welthunger zu bekämpfen. Auf dem Lebensmittelmarkt gibt es Extremsituationen, die dazu führen, dass Bevölkerungsschichten in sehr armen Ländern nicht mehr in der Lage sind, sich mit den nötigen Lebensmitteln einzudecken und es dann zur Hungersnot kommt. Das ist tragisch, aber kein Grund, den Markt abzuschaffen oder sich diesem enthalten zu wollen.

Weitere Wortmeldungen:

Werner Wehrli (EVP): *Wir wollen den Markt nicht abschaffen, sondern nur nicht, dass Zürich in diesen Markt investiert. Es gibt ein Recht auf Nahrung, aber kein Recht auf Gewinn.*

Simon Kälin (Grüne): *Mit Nahrungsmitteln sollte nicht spekuliert werden. Kleine Preisunterschiede können in armen Ländern eine sehr wichtige Rolle spielen.*

Martin Luchsinger (GLP): *Wir haben Stimmfreigabe beschlossen. Wir reden hier über einen sehr kleinen Investitionsteil der Pensionskasse, die UVZ legt explizit schon gar nicht an. Anlagen sind aber nicht immer per se spekulativ, sondern auch wichtige Elemente zur Absicherung einer nachhaltigen Produktionskette. Will man den Hunger in Drittweltländern bekämpfen, muss man die Korruption in öffentlichen Organen angehen. Für die andere Fraktionshälfte ist nur schon das Risiko, dass es zu preistreibenden Faktoren kommen kann, Grund genug für eine Unterstützung.*

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): *Das Postulat suggeriert, dass höhere Lebensmittelpreise tödlich sind. Preise beruhen auf Angebot und Nachfrage. Hier heisst es, dass die Preise durch die Nachfrage auf dem Kapitalmarkt steigen. Doch das Problem für die Entwicklungsländer ist, wenn Industrieländer dort massenhaft Nahrungsmittel produzieren, dadurch die Preise sinken und sie ihre eigenen Nahrungsmittel nicht mehr absetzen können. Die Menschen verhungern also, weil man durch Dumpingpreise die Nahrungsmittelpreise drückt.*

Jean-Claude Virchaux (CVP): *Es ist richtig, dass der grösste Teil der Landwirtschaft über die Kreditwirtschaft finanziert wird. Sehr viele Banken haben aber inzwischen eingesehen, dass dieses Vorgehen ethisch eigentlich nicht in Ordnung ist. Eine Rendite birgt die relativ grosse Gefahr einer preistreibenden Wirkung. Die Banken verfügen über Finanzierungsalternativen und die Pensionskasse Zürich sicherlich auch.*

Dr. Urs Egger (FDP): *Im Agrarbereich gibt es keinen Markt, weil die grössten Spekulanten die Staaten sind. Sie sorgen dafür, dass die Preise ansteigen. In den Entwicklungsländern sind die Preise zu tief. Würden sie dort ansteigen, könnten die Bauern dementsprechend reagieren und hätten ein zusätzliches Einkommen. Wir sollten also dafür sorgen, dass der Agrarschutz aufhört, der dafür verantwortlich ist, dass die Märkte nicht funktionieren.*

Florian Utz (SP): *Die Frage des Agrarprotektionismus kann man diskutieren, das wäre aber dann ein anderer Vorstoss. Man sollte diesen hier nicht ablehnen, weil es andere Fragen gibt, die auch noch diskutabel sind.*

Severin Pflüger (FDP): *Es wird hier indirekt gefragt, ob wir mit Nahrungsmitteln Geld verdienen dürfen. In einer arbeitsteiligen Gesellschaft befriedigen wir Bedürfnisse. Im Tausch dafür verdienen wir Geld, um unsere eigenen Bedürfnisse zu befriedigen.*

Das Postulat wird mit 68 gegen 40 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

4473. 2013/392

Motion der SP-, Grüne- und GLP-Fraktion sowie 4 Mitunterzeichnenden vom 13.11.2013:

Realisierung der Massnahmen zur Aufwertung der Stadträume in den Quartierzentren (QUARZ) am Lindenplatz unter Einbezug des Quartiers

Von der SP-, Grüne- und GLP-Fraktion sowie 4 Mitunterzeichnenden ist am 13. November 2013 folgende Motion eingereicht worden:

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage zu unterbreiten, welche die Massnahmen zur Aufwertung der Stadträume in den Quartierzentren (QUARZ) am Lindenplatz in Altstetten realisiert. Dies sind: M01 (Optimierung Verkehrsfläche zugunsten des Fuss- und Veloverkehrs), M02 (Priorisierung Fussverkehr), M06 (Altstetterstrasse südlich Badenerstrasse aufwerten für Langsamverkehr), M08 (übergeordnete Fusswegverbindung entlang Altstetterstrasse zum Bahnhof aufwerten) und M10 (Velomassnahmen für übergeordnete Route entlang Badenerstrasse). Das Quartier ist bei der Umsetzung der QUARZ Massnahmen mit einzubeziehen.

Begründung:

Mit der Fertigstellung des Lindenplatzes im Jahr 2011 wurde nur ein Teil des QUARZ Altstetten/Lindenplatz realisiert. Auch ohne Tramlinienerlegung in die Altstetterstrasse soll der Strassenraum als Hauptstrassenraum in Quartierzentren gemäss städtischem Verkehrsrichtplan realisiert werden. Die Massnahmen, welche zu einer qualitativen Aufwertung des Quartierzentrums und zur Verbesserung der Situation für den Fuss- und Veloverkehr gemäss «QUARZ Objektblatt Altstetten, Lindenplatz, Fussgängerbereich C» vorgesehen sind, sollen umgesetzt werden. Diese Verbesserungen dienen auch dem ansässigen Gewerbe.

Mitteilung an den Stadtrat

4474. 2013/393

**Postulat von Ruth Anhorn (SVP) und Margrit Haller (SVP) vom 13.11.2013:
Verflüssigung des Verkehrs zu Stosszeiten auf der Hohlstrasse beim
Altstetterplatz**

Von Ruth Anhorn (SVP) und Margrit Haller (SVP) ist am 13. November 2013 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie der Verkehr auf der Hohlstrasse beim Altstetterplatz durch manuelle Verkehrssteuerung morgens und abends zu Stosszeiten am Fussgängerübergang Bristenstrasse – Altstetterplatz verflüssigt werden kann.

Begründung:

Morgens und abends bildet sich jeweils in Folge des erwähnten Fussgängerübergangs ein langer Rückstau von Autos und von Bussen des öffentlichen Verkehrs. Gemäss Weisung 2013/360 vom 30. Oktober 2013 ist dies nun auch dem Stadtrat bekannt, wie man dem „Objektblatt Bahnhof Altstetten, Beilage 1“ entnehmen kann. Die unweit entfernte Einmündung der Altstetterstrasse in die Hohlstrasse wird oft von Fahrzeugen aus Richtung Farbhof blockiert, da Fussgänger beim Überqueren der Hohlstrasse auf dem Fussgängerstreifen Bristenstrasse – Altstetterplatz Vortritt haben. Der Altstetterplatz wird von fünf öffentlichen Bussen, den Li-

nien 31, 78, 80, 87 und 95 angefahren. Durch die Stausituation entstehen Verspätungen im Fahrplan und ein Anschluss auf eine andere Buslinie oder auf die S-Bahnen 3, 9, 12 oder 15 ist oft nicht mehr gewährleistet.

Mitteilung an den Stadtrat

4475. 2013/394

Postulat von Roger Tognella (FDP), Heinz F. Steger (FDP) und 1 Mitunterzeichnenden vom 13.11.2013:

Bedingungen für Arbeiten und Lieferungen zu Hoch- und Tiefbauten der Stadtverwaltung, Anpassung des Staffelpabatts auf Regiearbeiten im Hoch- und Tiefbau

Von Roger Tognella (FDP), Heinz F. Steger (FDP) und 1 Mitunterzeichnenden ist am 13. November 2013 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie er die Bedingungen für Arbeiten und Lieferungen zu Hoch- und Tiefbauten der Stadtverwaltung (720.110) dahingehend anpassen kann, dass der Artikel 5 Staffelpabatt mit Wirkung auf Regiearbeiten im Hoch- und Tiefbaubau praxisgerecht angepasst wird.

Begründung:

Gemäss Art. 24. der Bedingungen für Arbeiten und Lieferungen zu Hoch- und Tiefbauten der Stadtverwaltung (720.110) beträgt die Zahlungsfrist 60 Tage. Dies unter Wahrung des Anspruches auf Skonto Abzug bei Zahlung innerhalb dieser Frist. Der Wegleitung zum Zahlungswesen des Amtes für Hochbauten der Stadt Zürich ist zu entnehmen, dass insbesondere bei Regiearbeiten, Aufträge welche freihändig vergeben werden, die Zahlungsfrist einerseits 60 Tage und ein Skonto Abzug auf den gesamten Rechnungsbetrag von 2% durch den Unternehmer zu leisten ist.

Der eigentliche Sinn einer Skonto Regelung läge nun aber darin, dass Unternehmer mit Berücksichtigung eines schnelleren Zahlungsziels gegenüber der Kundschaft einen Anreiz schaffen, den Kunden zu veranlassen eine schnellere Zahlung zu tätigen. Dies, damit die Kosten aus der Vorleistung des Unternehmers zeitgerecht gedeckt werden. Üblich ist beispielsweise 2% Skonto Zahlung innert 10 Tagen.

Aufgrund der Kontroll- und Freigabeprozesse im Hoch- und Tiefbaudepartement ist es offenbar nicht möglich einen schnelleren Rechnungsdurchlauf als 60 Tage zu realisieren. Demzufolge ist es auch angebracht auf eine Anwendung des Skonto Abzuges zu verzichten und eine alternative, praxisgerechte Regelung zu finden.

Auch ist festzuhalten, dass aufgrund der bereits heute gelebten Praxis bei einer Überschreitung des Zahlungsziels 60 Tage keinerlei Nachverrechnung des Skontos durch den Unternehmer erfolgt. Dies obwohl die Nachverrechnung aufgrund des verfallenen Zahlungsziels grundsätzlich rechters wäre. Der bürokratische Aufwand für eine Nachverrechnung des Skontos ist schlicht zu hoch, und für beide Parteien (Unternehmer wie Stadt Zürich) mit hohem Aufwand verbunden.

Alternativ zu Skonto könnte beispielsweise ein neuer Staffelpabatt (Art 5) wie folgt definiert werden:

bis	Fr. 10'000.-	5 % Rabatt
über	Fr. 10'000.- bis 50'000.-	8 % Rabatt
über	Fr. 50'000.- bis 100'000.-	10 % Rabatt
über	Fr. 100'000.-	im Rahmen des Wettbewerbes

Dies schafft klare Vorgaben gemäss gelebter Baupraxis. Ebenfalls ist zu bemerken dass bei einigen modernen EDV Systemen gerade in grösseren Firmen Skonto Abzüge technisch nicht mehr implementiert sind. Eine Neuregelung trägt somit auch dazu bei die Bürokratie bei der Rechnungskontrolle und Weiterreichung an die Stadt Zürich abzubauen.

Mitteilung an den Stadtrat

4476. 2013/395

**Postulat von Roger Tognella (FDP) und Dorothea Frei (SP) vom 13.11.2013:
Einrichtung des Schwamendinger «Kinderhuus» in der städtischen Liegenschaft
an der Friedrichstrasse 9 unter Nutzung der Synergien zwischen den bestehenden
Institutionen und Angeboten**

Von Roger Tognella (FDP) und Dorothea Frei (SP) ist am 13. November 2013 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie in Schwamendingen in der bestehenden städtischen Liegenschaft an der Friedrichstrasse 9 das Schwamendinger „Kinderhuus“ eingerichtet werden kann. Dabei sollen bestehende Institutionen und Informationsstellen mit deren individuellen Angeboten für Eltern und Kindern im Vorschul- und Schulalter räumlich in einem Gebäude mit nutzbarem Aussenbereich zusammengefasst werden. Synergien zwischen den Institutionen und den Angeboten sind zu überprüfen und gemeinsam zu nutzen. Zudem sind gemeinsame Angebote mit der Schule zu prüfen und zu ermöglichen.

Begründung:

Schwamendingen ist das kinderreichste Quartier der Stadt Zürich. Es bestehen im Quartier bereits verschiedene Angebote, welche Eltern mit Kinder im Vorschulbereich aber auch im Schulalter ansprechen. Die Palette ist breit gefächert. So beispielsweise mit dem Zentrum Krokodil, welches ein vielfältiges Eltern- und Kinderangebot, Spielgruppen, Sprachkurse und ein Mittagstischangebot führt. Die Ludothek, welche die Verleihung von Spielgeräten betreibt. Die mobile Spielanimation, welche insbesondere im Sommer ein Spielangebot in öffentlichen Räumen organisiert. Die Anlaufstelle Kinderbetreuung, welche eine Informationsdienstleistung der Stadt Zürich darstellt. Die Mütter- und Väterberatung, welche Eltern mit kleinkinderspezifischen Problemstellungen beraten. Dies um einige Angebote zu erwähnen.

Allen Angeboten gemeinsam ist, dass diese heute an räumlich unterschiedlichen Standorten untergebracht sind. Teilweise fehlt es an Raum für Beratungs- und Schulungsleistungen, teilweise an Aussenraum für Aktivitäten im Freien, teilweise an Raum für Treffpunkt und Sitzungen.

Zudem besteht im Quartier auch seitens Vereine eine Nachfrage nach einfach organisierbaren Sitzungsräumen und Orten für kleinere Versammlungen. Nicht zu vergessen ist, dass Schwamendingen eine sehr breite Palette verschiedenster Vereine hat. Eine Synergie mit dem Schwamendinger „Kinderhuus“ wäre, dass beispielsweise Vorstandssitzungen in Abendstunden in entsprechenden Räumlichkeiten stattfinden können. Eine weitere ist, dass den Vereinen so auch ein Zugang zu potentiellen neuen Mitgliedern geschaffen wird, indem die verschiedensten Angebote in Räumen des „Kinderhuus“ stattfinden könnten.

Eine weitere Möglichkeit besteht in der Ausweitung von Mittagstisch-, Spielgruppen- und Nachmittagsbetreuungsangeboten, beispielsweise auch in Zusammenarbeit mit dem Schulkreis Schwamendingen. Betreffend einer konsequenten Synergienutzung und Konsolidierung von verschiedenen Angeboten in einem gemeinsamen „Kinderhuus“ streben die Postulantin und der Postulant zumindest eine Kostenkonsolidierung an, welche beispielsweise die bereits heute von der Stadt Zürich entrichteten Raumkosten der verschiedenen Angebote an verschiedenen Standorten betrifft.

Mitteilung an den Stadtrat

4477. 2013/396

**Postulat von Samuel Dubno (GLP) und Isabel Gracia (GLP) vom 13.11.2013:
Verzicht auf die Legislatorschwerpunkte (LSP) des Stadtrats**

Von Samuel Dubno (GLP) und Isabel Gracia (GLP) ist am 13. November 2013 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie er künftig auf Legislatorschwerpunkte (LSP) verzichten kann.

Begründung:

Es ist richtig, dass im Rahmen der Leistungsüberprüfung 17/0 auch die Frage nach den Kostenfolgen von Strategien aufgeworfen wird. Das Tagesgeschäft, die Erfüllung der städtischen Kernaufgaben ist die erste Pflicht des Stadtrats.

Für die LSP werden in den Jahren 12-14 (gemäss Rechnung 12 und Budgets 13 und 14) rund 3,8 Franken ausgegeben, davon alleine 1,1 Mio Franken für die Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation. Bei diesen Zahlen handelt es sich lediglich um die Beträge, die im Projektstab Stadtrat ausgewiesen werden. Dazu

kommen Personal- und Sachaufwendungen in zahlreichen Dienstabteilungen für die Erarbeitung und Umsetzung einzelner Vorhaben im Rahmen der LSP.

Selbstverständlich darf und soll eine Regierung auch über das Tagesgeschäft hinaus denken und planen. Der Stadtrat tut dies jedoch auch ohne LSP reichlich. Die unzählige Strategien, Leitbilder und Projekte, die – unabhängig von Legislaturzyklen – laufend erarbeitet und verfolgt werden, belegen das auf eindruckliche Art und Weise.

Mitteilung an den Stadtrat

Die Motion und die vier Postulate werden auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

K e n n t n i s n a h m e n

Es werden keine Mitteilungen zur Kenntnis gebracht.

Nächste Sitzung: 20. November 2013, 17 Uhr.